Hakenkreuze und Parolen

Staatsschutz ermittelt in mehreren Fällen

Von Joscha Röhrkasse

Hildesheim. In Hildesheim sind innerhalb weniger Wochen immer wieder Hakenkreuze und andere rechtsradikale Codes im öffentlichen Raum aufgetaucht. Erst am Wochenende rückte die Polizeizur Universität aus, wo Unbekannte die verbotenen Symbole auf zwei Gebäude gesprüht hatten. Eine Woche zuvor waren Hakenkreuze und fremdenfeindliche Parolen an Fassaden und Fenster der Johannesschule und der Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) geschmiert worden. Die RBG war eine Woche zuvor, am zweiten Februarwochenende, schon einmal Ziel solcher Schmierereien geworden. Im selben Zeitraum hatten Unbekannte auch das Büro der Grünen in der Jakobistraße mit Hakenkreuzen und rechten Parolen beschmiert, und solche auch an einem privaten Gebäude und auf dem Auto eines 43-jährigen Hildesheimers hinterlassen.

In all diesen Fällen geht es um Sachbeschädigung. Weil aber zudem der Tatbestand des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen erfüllt ist, hat das Staatsschutzkommissariat der Polizei Hildesheim die Ermittlungen übernommen, wie Polizeisprecher Jan Makowski auf HAZ-Nachfrage mitteilt. "Ob es zwischen den Taten einen Zusammenhang gibt, wird von den Ermittlern geprüft", sagt Makowski weiter. Da es sich aber um laufende Verfahren handele, könne er zurzeit nicht mehr dazu sagen.

Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt immer dann, wenn es um Fälle politisch motivierter Kriminalität geht. Laut dem Bundeskriminalamt (BKA) liegt der Fokus dieser Abteilung auf Taten aus dem linken und rechten Milieu, aber auch auf Straftaten, hinter deren Motiven eine auslämdische nichtreligiöse Ideologie stecken könnte. Das ist aus Sicht des BKA besonders dann der Fäll, wenn aus dem Ausland heraus Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland irgendivie beeinflusst werden sollen. Auch zuständig ist der Staatsschutz in Fällen von Spionage und bei Straftaten, die gegen das Völerstraftagestrburch verstoßen

bei Straftaten, die gegen das Völkerstrafgesetzbuch verstoßen.

Das Hildesheimer Staatsschutzkommissariat ermittelt aktuell auch zu den Schriftzügen und
Symbolen, die Unbekannte am
Wochenende auf das Ehrenmal für
im Krieg gestorbene Soldaten an
der Straße Im Kirschenhain gesprüht haben. In diesem Fall kamen die Täter offenbar nicht aus
dem rechten, sondern aus dem linken Milieu. Mehrfach ist dort der
Schriftzug "Antifa" zu lesen, daneben sind durchgestrichene Hakenkreuze zu sehen.

Wer dabei erwischt wird, wie er

Wer dabei erwischt wird, wie er solche irgendwo aufsprüht, muss zunächst nur eine Strafe wegen Sachbeschädigung befürchten – nicht auch wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen. So hat es bereits 2007 in höchster Instanz der Bundesgerichtshof entschieden, nachdem das Landgericht Stuttgart einen Unternehmer zu 3600 Euro Geldstrafe verurteilt hatte, weil er in seinem Versandhandel Anstecker, Aufkleber und T-Shirts angeboten hatte, auf denen ein Hakenkreuz zertreten wird. Anders ist es bei Symbolen, Kennzeichen oder Parolen, die sich nicht eindeutig vom Nationalsozialismus distanzieren. Sollte die Polizei etwa herausfinden, wer die Hakenkreuze auf die beiden Schulen oder an das Büro der Grünen geschmiert hat, muss der Täter mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe rechnen.

Von der Fassade der RBG sind die Hakenkreuze inzwischen wieder entfernt worden, berichtet Schulleiterin Yvonne Schweppe. Dass es sich bei den Tätern um Schülerihrer Schule handelt, kann sie sich nicht vorstellen. Durch die Teilnahme an der Demokratie-Meile sei die Schülerschaft aktuell für die Thematik sensibilisiert.